

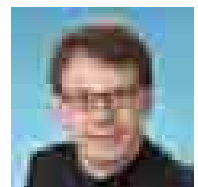


## Pressemappe

Krautheimer Gespräche

5. Juni 2009

mit MdB Markus Kurth



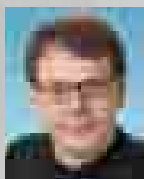
## Krautheimer Gespräche

### Themenschwerpunkte

- die Mitwirkung und Beteiligung bei der Umsetzung der UN-Konvention
- die aktuelle Situation in der Hilfsmittelversorgung
- und die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem einkommensunabhängigen Leistungsgesetz

5. Juni, 17.30 Uhr im Ergoraum des Eduard-Knoll-Wohnzentrums für schwerstkörperbehinderte Menschen

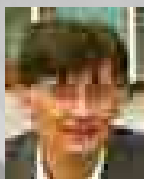
### Im Podium:



Markus Kurth, MdB, Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecher für Sozial- und Behindertenpolitik  
Obmann im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales



Karl Finke, Mitglied des BSK-Bundesvorstandes;  
Gesprächsleitung



Gerwin Matysiak, Stellvertretender Bundesvorsitzender



In den Krautheimer Gesprächen werden in regelmäßigen Abständen aktuelle politische Themen mit hochrangigen Vertretern der Behindertenpolitik und Mitgliedern des BSK-Bundesvorstandes erörtert. Die nächsten Krautheimer Gespräche finden am 11.09.2009 in Berlin statt.

Winkler  
Vorstand

# Inhalt

Podiumsteilnehmer

Vita Markus Kurth

Behindertenpolitik

Termine im Juni

Kontaktdaten

Vorstellung BSK e.V.

Sozialpolitisches Programm BSK

BSK-Vorstand und Landesvertretungen

---

Pressekontakt:



BSK e.V.  
Peter Reichert  
Altkrautheimer Straße 20  
74238 Krautheim  
Tel.: 06294 4281 25  
[pressearbeit@bsk-ev.org](mailto:pressearbeit@bsk-ev.org)  
[www.bsk-ev.org](http://www.bsk-ev.org)

### Vita privat

Geboren 1966 in Bonn,  
verheiratet, ein Kind

Studium: Politikwissenschaften

Landesliste Nordrhein-Westfalen



### Vita politisch

---

- Politikberatung auf Honorarbasis, u.a. für die kommunal- politische Vereinigung von Bündnis90/Die Grünen in NRW (GAR-NRW), Arbeitsschwerpunkt: Kommunale Sozialpolitik
- Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Initiativkreis Em-scherregion (IBA von Unten), Polit. Schwerpunkte: Regionalent-wicklung im Ruhrgebiet, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Woh-nungspolitik (1998-1999)
- Anstellung als Bildungsmanager bei der Heinrich-Böll-Stiftung NRW (2000)
- Mitglied des Deutschen Bundestages (seit 2002)
- sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (seit 2002)

### Mitgliedschaften und Funktionen

---

- Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e.V., Berlin,
- Mitglied des Beirates, ehrenamtlich
- Verband der Kolpinghäuser e.V., Projekt Jugendwohnen "leben. lernen. Chancen nutzen", Köln, Mitglied des Projektbeirates, ehrenamtlich

25.03.2009

## Die UN-Behindertenrechtskonvention zum Leben erwecken!

Die Ratifikationsurkunden für das Vertragsgesetz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und zum dazugehörigen Fakultativprotokoll wurden für Deutschland am 24. Februar 2009 hinterlegt. Morgen, dreißig Tage später, wird die UN-Behindertenrechtskonvention endgültig auch für Deutschland verbindlich.

"Für diese Konvention haben Menschen mit Behinderungen auch in Deutschland lange kämpfen müssen. Der Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, hin zu Selbstbestimmung und Teilhabe bekommt mit der UN-Konvention ein neues Fundament. Die UN-Konvention schreibt die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Unversehrtheit fest, berücksichtigt die besondere Situation behinderter Frauen, und tritt für ein unabhängiges Leben und Teilhabe in der Gemeinschaft, die Teilhabe an Bildung, Gesundheit, Arbeit und Beschäftigung ein.

Mit der Ratifikation und dem Inkrafttreten der Konvention ist es jedoch nicht getan. Die Bundesregierung sieht bislang keinen Handlungsbedarf und verkennt damit die tatsächlichen Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Noch immer besuchen behinderte Kinder in Deutschland überwiegend Sonderschulen. Eltern, die ihr Kind inklusiv beschulen wollen, müssen sich in langen und kräftezehrenden Kämpfen mit Behörden und Schulen auseinandersetzen.

Noch immer sind Menschen mit Behinderungen von einer höheren Arbeitslosenquote betroffen und Arbeitgeber scheuen sich Menschen mit Behinderungen einzustellen. Für Menschen mit Behinderungen reicht die Regelversorgung im Gesundheitssystem häufig nicht aus. Die Bundesregierung muss im Sinne der Betroffenen handeln, damit diese sich ihr Recht nicht scheinbar vor deutschen Gerichten einklagen müssen. Die Bundesländer müssen die UN-Konvention im Bildungsbereich umsetzen und Kindern mit Behinderung endlich einen umfassenden Zugang zu Regelschulen gewähren.

Politik für Menschen mit Behinderungen nimmt hohen Stellenwert im Bundestagswahlprogramm der Grünen ein

*15.05.2009: Am letzten Wochenende haben Bündnis90/DIE GRÜNEN als erste Partei ihr Bundestagswahlprogramm beschlossen. Dieses Wahlprogramm enthält übergeordnet Forderungen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen. Dabei sind behindertenpolitische Forderungen als Querschnitt in verschiedenen Kapiteln des Wahlprogramms verankert.*

Ein eigenes Kapitel zur Grünen Politik für Menschen mit Behinderungen findet sich im Kapitel "Soziale Teilhabe gestalten":

Leitspruch Grüner Politik ist: "Man ist nicht behindert, man wird behindert!" Menschen mit Behinderungen können nur gleichberechtigt am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen, wenn ihnen die Unterstützung gegeben wird, die sie benötigen. Eine umfassend gestaltete Barrierefreiheit, Hilfsmittel und Nachteilsausgleiche sind für die Partizipation behinderter Menschen und der Erfüllung deren Menschen- und Bürgerrechte unerlässlich.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine einheitliche Leistungserbringung durch ein Teilhabeleistungsgesetz ohne die Anrechnung von Einkommen und Vermögen schaffen.

Außerdem möchten wir die Rechte von Menschen mit Pflegebedarf stärken. Sie können trotz einer guten Rechtsposition häufig ihre Rechte nicht verwirklichen und werden durch bürokratische und behördliche Blockaden diskriminiert. Die Souveränität und Gestaltungsmacht muss daher in die Hände der Betroffenen gegeben werden - dies bedeutet auch, dass das Persönliche Budget weiterentwickelt wird und eine unabhängige Budgetassistenz finanziert wird.

Im Kapitel "Bildung statt Beton - bessere Schulen, bessere Hochschulen, bessere Ausbildung" setzen wir uns dafür ein, dass das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnellstmöglich und umfassend umgesetzt wird. Dabei hat die Umsetzung der gemeinsamen Beschulung für uns höchste Priorität. Die Hochschulen sollen das Prinzip der Barrierefreiheit anwenden. Dies gilt insbesondere für die Lehrangebote.

Im Kapitel "Vorsicht Kultur! Kreativität als Stein des Anstoßes" setzen wir uns für die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Teilhabe an Kunst und Kultur soll ohne bauliche und kommunikative Barrieren möglich sein.

Auch beim Thema Wirtschaft sollen Menschen mit Behinderungen nicht außen vor bleiben: Im Kapitel "Anders wirtschaften - ein grüner New Deal für neue Arbeit und Innovation" fordern wir die Ausweitung und

Verbesserung von Beratungsangeboten für behinderte Existenzgründerinnen und -gründer. Zudem muss der Staat als Auftraggeber vermehrt nach sozialen Kriterien handeln: Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen einstellen und nach Tarif bezahlen, sollen bevorzugt werden. Wir wollen eine Wirtschaft, die die verschiedenen Talente der Menschen nutzt und einbezieht. "Diversity Management" darf für Unternehmen nicht nur ein Schlagwort sein. Auch in der Privatwirtschaft müssen gezielt Menschen mit Behinderungen eingestellt und gefördert werden.

Im Kapitel "Digital ist besser - für ein freies Internet" widmen wir uns der barrierefreien Gestaltung des Internets. Die Barrieren im Internet müssen abgebaut werden und die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV) muss umfassend umgesetzt werden.

Das Bundestagswahlprogramm wird in Leichte Sprache übersetzt.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz wurde darüber hinaus ein Beschluss gefasst, der die Bundesregierung dazu auffordert, das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Wir fordern eine Anerkennung der Schattenübersetzung des Netzwerkes Artikel 3, die Entwicklung eines nationalen Aktionsplanes, die Anwendung der in der Konvention zur Umsetzung vorgesehenen Instrumente und die Einrichtung von Focal-Points auf Landesebene. Ausführliche Informationen zum Bundestagswahlprogramm sowie den Beschluss zur Umsetzung der UN-Konvention finden sie auf [www.gruene.de](http://www.gruene.de) oder unter [www.markus-kurth.de/show/2444229.html](http://www.markus-kurth.de/show/2444229.html)

In einem Interview spricht Markus Kurth über sein Aufgabenbereich als behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

*Frage: Würden Sie uns bitte noch einmal kurz ihre Person vorstellen und erläutern welche konkreten Aufgaben der Behindertenpolitik ihr Amt stellt?*

Ich bin 41 Jahre alt und seit 2002 Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/ die Grünen als sozialpolitischer Sprecher und als behindertenpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Meine Aufgaben als Abgeordneter unterscheiden sich je nach dem ob man Mitglied der Regierungsfraktion ist oder ob man, wie jetzt im Moment, in der Opposition tätig ist. Aber in jedem Fall bedeutet es im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderungen, dass Parlamentarier Druck machen müssen und die Regierung zum Handeln drängen sollten.

Wir bemühen uns im Moment im Rahmen der grünen Fraktion für die zentralen Bereiche so etwas wie Aufgabenprogramme aufzulegen. Das ist aus meiner Sicht die Bildung, also die inklusive Beschulung und selbstständiges Wohnen. Dazu habe ich jetzt einen großen Antrag zum Thema "Zukunft der Eingliederungshilfe" gemacht. Ein dritter Bereich ist die Arbeit, die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung durch einen institutionalisierten Ausgleich der behinderungsbedingten Nachteile, was immer noch nicht weit fortgeschritten ist.

*Für welche anderen Themenbereiche sind Sie in ihrer Fraktion noch zuständig? Können Sie einschätzen, wie viel Prozent ihrer Arbeit die Behindertenpolitik umfasst?*

Ich bin noch zuständig für den gesamten Komplex "Armut, Reichtum und soziale Ungleichheit". Dies hat viele Fassetten, wie Familienarmut, Kinderarmut und Altersarmut, aber auch Reichtumsforschung. Außerdem bin ich zuständig für den Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung, ein weithin unbeachteter Versicherungszweig, der aber gar nicht so klein ist. Dann bin ich für den Bereich Sozialgerichte bzw. Sozialgerichtsgesetz zuständig. Ich beschäftige mich zurzeit auch viel mit der Frage der Leistungshöhe des Arbeitslosengeldes II bzw. des Sozialgeldes. Wie viel Prozent die Behindertenpolitik umfasst, hängt auch davon ab, ob man, wie gerade, einen großen Antrag betreut oder "nur das Tagesgeschäft" betreut. Grob würde ich sagen 30-40% meiner Beschäftigung umfasst die Behindertenpolitik.

*Welchen Stellenwert hat die Behindertenpolitik für ihre Partei?*

Einen traditionell etwas größeren Stellenwert, weil der Begriff "Selbstbestimmung" für die Grünen immer außerordentlich wichtig war. Wir haben uns schon früh gegen einen bevormundeten Sozialstaat gewehrt. Gerade Menschen mit Behinderungen sind diesem nach wie vor ausgesetzt und waren es früher in einer Art und Weise, wie man es sich heute nicht mehr vorstellen könnte. Es war ja noch vor 20 Jahren undenkbar außerhalb eines Wohnheimes, selbstbestimmt zu leben als behinderter Mensch. Selbstbestimmtes Wohnen, persönliche Assistenz, Arbeitsassistenz und Nicht-Diskriminierung war ja noch kein Thema. Vor 25 Jahren fing die Behindertenbewegung erst an sich stärker zu artikulieren und das stimmt mit dem Begriff "Selbstbestimmung" überein. Aber gleichzeitig war auch die Absicherung von Garantirechten und materieller Absicherung wichtig. All das passte gut zur Gesamthaltung der

grünen Partei. Das ist mit der Zeit abgeschwächt, aber ich glaube inzwischen sind wir wieder auf einem guten Weg und ich versuche auch meinen Kollegen und Kolleginnen deutlich zu machen, das wir noch lange nicht am Ziel sind. Dies tue ich, indem ich z.B. besonderen Wert auf leichte Sprache lege. Der Anteil an Menschen mit Lernschwierigkeiten und psychischen Erkrankungen nimmt ja zu und leichte Sprache bildet eine wichtige Zugangsvoraussetzung zu Institutionen, gesetzlichen Regelungen usw. Und darauf aufmerksam zu machen, z.B. selbst eine Übersetzung des Wahlprogramms in eine leichte Sprache anzuregen, hat schon bei uns dazu geführt, dass die Aufmerksamkeit wieder stärker da ist, als vor 5-6 Jahren.

*Welche Ziele verfolgt ihre Partei in Sachen Behindertenpolitik?*

Es geht um Teilhabe, Selbstbestimmung und um materielle Garantierechte. Das Wichtigste ist der Aspekt der Teilhabe. Ziel ist es eine möglichst barrierefreie und uneingeschränkte Möglichkeit zu haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und wie alle anderen Menschen auch Angebote, Arbeitsplätze, Kulturstätten, Sportmöglichkeiten etc. zu nutzen. Das ist aus meiner Sicht ein Menschenrecht. Und das wird auch jetzt durch die UN Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen, welche Deutschland auch unterzeichnet nur noch nicht ratifiziert hat, bestätigt. Und um diese Teilhabemöglichkeiten zu schaffen, müssen die behinderungsbedingten Barrieren abgebaut werden. Das verdeutlicht den Stellenwert, den wir der Barrierefreiheit geben, wovon wir allerdings noch weit entfernt sind.

Ich persönlich vertrete die These: Was im Bereich der Barrierefreiheit verbessert wird, ist auch für alle anderen Mitglieder der Gesellschaft hilfreich. Das fängt schon bei Müttern mit Kinderwagen an, die versuchen öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Barrierefreiheit bedeutet nicht nur "rollstuhlgerecht", sondern auch so was wie leichte Sprache, deutliche Zeichengebung im öffentlichen Raum oder in Verträgen auf das Kleingedruckte zu verzichten. Und das ist nicht nur für geistig behinderte Menschen wichtig, sondern auch z.B. für ältere Menschen oder Touristen. Man kann sich das auch ausmalen, dass wir einige unserer Sozialleistungen, die wir jetzt auszahlen, sparen könnten, wenn es solche Sachen gäbe.

*Werden Sie, Ihrer Meinung nach, ausreichend in ihrer Partei unterstützt?*

Wenn sie Bundestagsabgeordnete diese Frage stellen, werden 90% sagen, es könnte schon noch mehr sein, weil jeder seinen Bereich für den wichtigsten hält. Also ich könnte manchmal mehr unterstützt werden, aber an der Basis macht das Bewusstsein schon Fortschritte, wodurch ich gar nicht mal so unzufrieden bin. Ich habe auch den Eindruck, dass Anregungen in dieser Hinsicht interessiert und dankbar angenommen werden.

Nur auf der Bundesebene, von der Bundesspitze, von der Fraktionsspitze könnte es mehr betont werden, weil es über 8 Mio. Menschen mit einer anerkannten Behinderungen gibt (davon 6,7 Mio. mit einem Schwerbehindertenausweis), ganz zu schweigen von der Dunkelziffer. Das ist "wahltechnisch" keine kleine Gruppe. Dort würde ich mir in den Themen mehr Relevanz wünschen. Aber auch in der Öffentlichkeit und bei den Journalisten.

*Welche Möglichkeiten haben behinderte Menschen, in ihrer Partei Mitglied zu werden und inwieweit können deren Meinungen berücksichtigt werden?*

Das ist ganz einfach. Wir haben ja auch behinderte Menschen in unserer Partei. Außerdem haben wir eine Bundesarbeitsgemeinschaft "Behindertenpolitik",

an dessen Sitzungen auch Leute, die nicht Mitglieder sind, teilnehmen können. Diese haben zwar kein Stimmrecht, aber ihre Auffassungen und Erfahrungen, auch die politischen, spielen eine wichtige Rolle, weil dasselbe Motto gilt, wie beim europäischen Jahr der Chancengleichheit 2003: "Nichts über uns, ohne uns".

*Behindertenpolitik ist in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Warum rückt das Thema so in den Hintergrund?*

Zunächst ist das Thema für viele noch mit Angst behaftet, man spricht nicht gern darüber oder man stellt sich das nicht gerne vor. Wenn man mit der Welt, in der Funktionseinschränkungen zum Alltag gehören, nichts zu tun hat, beunruhigt es einen eher, anstatt die Möglichkeiten und Chancen zu sehen, die im Austausch mit behinderten Menschen stehen. Denn man kann ja auch sehr viel lernen von behinderten Menschen. Wenn man sich darauf einlässt, sind die beherrschten Techniken der Menschen mit Behinderungen sehr beeindruckend. Aber das wird oft noch weggeschoben und gleichgesetzt mit "Behinderte im Rollstuhl".

Gerade bei Barrierefreiheit meinen manche, dass es reicht wenn, man einen Aufzug hat oder eine Rampe anbringt, was natürlich nicht der Fall ist. Das liegt aber auch oftmals am eingeschränkten Wissen. Und dann ist der Bereich, wenn man ihn fachlich bearbeitet, sehr kompliziert. Denn das Sozialrecht für Menschen mit Behinderungen ist ja nicht als einheitliches Rechtsgebiet entstanden, sondern es findet sich zersplittert wieder z.B. im Bereich Arbeitsmarkt, Krankenversicherung oder Rentenversicherung. Die Zersplitterung und viele Sonderregelungen machen es auch für Profis schwierig, alles im Blick zu haben. Das sind, denke ich, die Hauptgründe. Menschen haben einfach nicht die Zeit oder die Lust tiefer nachzuforschen. Ein Stückchen kann ich es auch nachvollziehen, aber ich halte es für sehr wichtig, sich damit zu beschäftigen.

*Inwiefern sehen Sie das Ziel der Integration erreicht?*

Ich würde erstmal von Inklusion nicht von Integration sprechen. Integration ist in der Debatte eher ein überholter Begriff. Und von dem Inklusionsziel sind wir leider in Deutschland noch weit entfernt. Im Vergleich zu der Zeit vor 20-25 Jahren ist es schon unglaublich, was sich getan hat. Auch in den 50igern und 60igern waren die Zustände in Heimen für behinderte Kinder ja menschenrechtsverletzend. Im Vergleich dazu, hat sich viel getan. Aber mit der jüngeren Generation von behinderten Menschen, beginnen sich erst die Herausforderungen zu zeigen, die es zu bewältigen gibt, wenn diese Menschen die gleichen Entwicklungschancen und Möglichkeiten wahrnehmen wollen wie alle anderen.

*Wie erfolgreich werden Gesetze (z.B. Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen) durchgesetzt?*

Ich denke gerade die Leistungs- und Rehabilitationsansprüche und die Leistung der Teilhabe am Leben werden noch nicht gut genug durchgesetzt. Zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) hatten wir gerade erst eine größere Anhörung, weil es vor 5 Jahren in Kraft getreten ist. Da bekam man dann den Eindruck, dass der Gesetzgeber zwar die Voraussetzungen geschaffen hat, aber dass es noch nicht überall mit Leben gefüllt ist. Einer der größten Schwachpunkte ist z.B. die Deutsche Bahn AG. Mit dem Bund als Eigentümer ist es stellenweise schon kläglich in Sachen Barrierefreiheit. Und auch da gilt, was Mobilitätsmöglichkeiten angeht, der Grundsatz: Was im Bereich der Barrierefreiheit verbessert wird, ist auch für alle anderen Mitglieder der Gesell-

schaft hilfreich. Es gibt viele Länder, welche uns das inzwischen vormachen, Australien zum Beispiel. Da könnte man also schon weiterkommen, als wir hier sind.

*Würden Sie sagen, dass man einen Grenzpunkt festlegen könnte/müsste, bis zu dem behinderte Menschen selbst darüber entscheiden können, ob sie lebenserhaltende Maßnahmen in Anspruch nehmen möchten oder nicht? - Stichwort Patientenverfügung*

Grundsätzlich ist das Recht auf Leben und die Menschenwürde unantastbar. Ich würde sehr eingeschränkt mit Patientenverfügungen umgehen, weil ich glaube, dass es nicht immer unbedingt von dem Einzelnen abhängt, ob er seine Situation als lebenswert beschreibt oder nicht. Es beruht vielmehr auf Zuschreibung der Gesellschaft. Ich dachte z.B. als Kind, dass es das größte Unglück ist, querschnittsgelähmt zu sein. Ich dachte, dass ich nicht mehr leben will, wenn ich durch einen Unfall querschnittsgelähmt sein würde. Das ist natürlich großer Quatsch, ich sehe das schon lange nicht mehr so. Es war eine diskursive Konstruktion der Gesellschaft, die diesen Zustand als nicht lebenswert gebrandmarkt hat.

Wenn man da mal eine Grenze überschreitet, ist die Frage, wo man Schluss macht. Gerade in Deutschland mit unseren Erfahrungen in der Euthanasie muss man sehr vorsichtig sein. Ich bin bei diesem Thema also sehr zurückhaltend und skeptisch. Und ich ordne mich eher bei denjenigen ein, die eine sehr enge Grenzziehung wollen: Patientenverfügungen also nur bei klar definierten Fällen, wo der Wille des Patienten sehr deutlich ist.

## Termine im Juni 2009 – MdB Markus Kurth

---

Mittwoch, 24.06.2009 19:00 Uhr:

### "Fortentwicklung der Gesundheitspolitik"

Der Hartmannbund, Landesverband Westfalen-Lippe, veranstaltet zum genannten Thema eine Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten in Dortmund. Ort: Best Western Parkhotel Westfalahallen, Saal 30 in Dortmund

Donnerstag, 25.06.2009 10:30 Uhr:

### "Die Verankerung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung - den Prozess mitgestalten"

Markus Kurth wird bei dieser Fachtagung an der Podiumsdiskussion ab 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr teilnehmen. Weitere Infos folgen. Ort: Im Kleisthaus, Mauerstr. 53 in 10117 Berlin

*„Jeder soll dort abgeholt werden, wo er steht und die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe erhalten“*

Markus Kurth, MdB

*Kontakt*

*Bundestagsbüro*  
Markus Kurth  
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227 - 71970  
Fax (030) 227 - 76966  
mail: [markus.kurth@bundestag.de](mailto:markus.kurth@bundestag.de)